



## Niederschrift

### 5. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 24.02.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

---

#### Anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE	
Frau Tack, Anita	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Pfrogner, Steffen	DIE LINKE	
Herr Schütt, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Wendeler, Alexandra		
Herr Wiggert, Rudi	SPD	
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	von 21:30 - 21:42 abwesend
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke	Beigeordnete Stadtentwicklung und Bauen	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Potthast, Norbert	SPD	entschuldigt
Herr Roos, Karl-Heinz	Bündnis 90/Die Grünen	nicht teilgenommen

#### Gäste:

Herr Goetzmann, Andreas (FB Stadtplanung und Bauordnung) zu TOP 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.10, 2.11, 3.2, 3.4

Herr Steffens, Frank (FB Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 2.12

Herr Graumann, Oliver (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) zu TOP 2.8

Frau Juhasz, Karin (Bereich Stadterneuerung) zu TOP 3.6

Herr Stevens (Büro Stadt-Land-Fluss) zu TOP 3.6

Frau Woiwode, Martina (Arbeitsgruppe Straßenplanung Entwurf) zu TOP 3.5

Herr Weise, Siegfried (Geschäftsstelle Bauen) zu TOP 3.3

Frau Strotzer (Zentrale Steuerungsunterstützung) zu TOP 2.13

Herr Dr. Grittner (Ortsvorsteher Marquardt) zu TOP 2.1, 2.12

Herr Sterzel (Ortsbeirat Grube) zu TOP 2.1,

Herr Schatz (Filmpark) zu TOP 2.3

Herr Willuhn (TLG) zu TOP 2.4

Herr Jamme (Verein Berliner Vorstadt) zu TOP 3.1  
Herr Heizmann ((Nachbarschaftsinitiative) zu TOP 3.1  
Herr Kirsch, Wolfhard (Fraktion BürgerBündnis) zu TOP 2.10, 2.11  
Herr Jäkel, Ralf (Fraktion DIE.LINKE)

Schritfführerin:

Frau Kropp, Viola

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 10.02.2009
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 110 "Wochenendhausgebiet Am Wiesenrain / Feldweg" OT Grube (Wiedervorlage)  
Vorlage: 08/SVV/0989  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.2 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Aktualisierung der Prioritätenfestlegung (Wiedervorlage)  
Vorlage: 08/SVV/0991  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.3 Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg" (Wiedervorlage)  
Vorlage: 08/SVV/1016  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.4 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 "Auf dem Kiewitt" (Wiedervorlage)  
Vorlage: 08/SVV/1014  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.5 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 106 "An der Hauptstraße/ Haseleck", OT Marquardt (Wiedervorlage - nach Vorlage des Votums des Ortsbeirates Marquardt)  
Vorlage: 09/SVV/0023  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 2.6 Stadtteilmanagement Waldstadt II (Wiedervorlage)  
Vorlage: 08/SVV/0920  
Fraktion DIE LINKE
- 2.7 Beirat Potsdamer Mitte  
Vorlage: 08/SVV/1044  
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 2.8 Keine städtischen Mittel für Stadtkanal  
Vorlage: 08/SVV/1107  
Fraktion DIE LINKE
- 2.9 Programm Fahrradinfrastruktur

Vorlage: 08/SVV/1114  
Fraktion SPD, Fraktion FDP/Familienpartei

- 2.10 Aufstellung des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow"  
Vorlage: 08/SVV/1118  
Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis
- 2.11 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow"  
Vorlage: 08/SVV/1119  
Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis
- 2.12 Dringende Infrastrukturmaßnahmen im Ortsteil Marquardt  
Vorlage: 08/SVV/1126  
Fraktion DIE LINKE
- 2.13 Haushalt (2. Lesung)
  - 2.13.1 Bürgerhaushalt 2009
  - 2.13.2 Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2012  
Vorlage: 09/SVV/0039  
Zentrale Steuerungsunterstützung
  - 2.13.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2009  
Vorlage: 09/SVV/0040  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.13.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2010  
Vorlage: 09/SVV/0041  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.13.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009  
Vorlage: 09/SVV/0087  
GB 1/KIS
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
  - 3.1 nochmalige Verständigung zur Seestr. 7 - hier Stellungnahme des Rechtsamtes
  - 3.2 Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom 20.11.2008 bis 17.12.2008, vom 18.12.2008 bis 21.01.2009, vom 22.01.2009 bis 12.02.2009
  - 3.3 Information zur neuen Baubroschüre und über die Ergebnisse des Qualitätsmanagements, Einrichtung einer Clearingstelle im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen  
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen
  - 3.4 Berichterstattung Ergebnis Wettbewerb "Emissionsfreie Mobilität in Kommunen" zum Beschluss 08/SVV/1058  
FB Stadtplanung und Bauordnung
  - 3.5 Straßenbaumaßnahme Holzmarktstraße (sh. mit dem Protokoll Sitzung SB-Ausschuss 10.02.2009 ausgereichte Präsentation)  
FB Grün- und Verkehrsflächen
  - 3.6 Berichterstattung - Erarbeitung eines Maßnahmenplanes zur Gestaltung der Stadtachse "Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld" (sh. Beschluss 07/SVV/0888)

**Protokoll:****Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 10.02.2009**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Anita Tack, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorsitzende macht aufmerksam, dass den Teilnehmern eine Nachtragstagesordnung vorliegt (diese ist vorab den Ausschussmitgliedern auch zugesandt worden).

Es gibt den Wunsch, den TOP 3.6 Berichterstattung – Erarbeitung eines Maßnahmenplanes vorzuziehen. Die Ausschussvorsitzende schlägt die Einordnung nach TOP 3.1 vor.

Weiterhin informiert die Ausschussvorsitzende, dass es Anträge auf Rederecht gestellt worden sind:

Zum TOP 3.1.- Seestr. 7 - für Herrn Jamme (Architekt) für den Verein Berliner Vorstadt und Herrn Dr. Otto für die Nachbarschaftsinitiative sowie von Herrn Dr. Carsten Albers (für den Bauherren).

Zum TOP 2.1 und 2.12 von Herrn Dr. Grittner (Ortsvorsteher Marquardt).

Zum TOP 2.3 – B-Plan 41 – hat Herr Schatz (Filmpark Babelsberg) angekündigt, ggf. sprechen zu wollen. Zum TOP 2.4 – B-Plan 119 – Herr Willuhn (TLG).

Einwände zu den Rederechtsanträgen erfolgen nicht. Die Tagesordnung wird bestätigt.

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 10.02.2009 ist den Ausschussmitgliedern zugegangen.

Frau Hüneke erinnert an die Behandlung der Vorlage Campingplatz Gaisberg. Hier sie die Frage offen geblieben, wann die Stege errichtet worden sind.

Es wird gebeten, die Beantwortung dem Protokoll beizufügen.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht.

Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll der Sitzung vom 10.02.09 einstimmig.

**zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung****zu 2.1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 110 "Wochenendhausgebiet Am Wiesenrain / Feldweg" OT Grube (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 08/SVV/0989**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der stellv. Ortsvorsteher OBR Grube, Herr Sterzel, informiert über das abwei-

chende Votum des Ortsbeirates die Änderung der Planungsziele betreffend (das Votum des OBR Grube ist den Ausschussmitgliedern übermittelt worden).

Herr Dr. Grittner (Ortsvorsteher Marquardt) gibt Erläuterungen zur gegenwärtigen Situation und bittet, den Titel Am Wiesenrain/Feldweg umzubenennen in Königsdamm. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass es im Jahr 2006 einen Beschluss zur Rückbenennung gegeben habe.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) erläutert, dass vom Grundsatz her der Änderung der Planziele gefolgt werden könnte. Er macht jedoch aufmerksam, dass Auseinandersetzungen zu erwarten wären, da in der Zukunft eine geringere Entwicklung möglich sei, als das, was z.B. auf einer Nachbarparzelle vorhanden ist. Weiterhin macht Herr Goetzmann deutlich, dass der letzte Satz des OBR-Beschlusses „Diese Regelungen treten mit dem Tag der Beschlussfassung für das entsprechende Gebiet in Kraft.“ missverständlich sei, ebenso der Bezug auf Baugenehmigungsverfahren im 4. Absatz.

Wenn der Aufstellungsbeschluss gefasst worden ist und diesem widersprechende Bauanträge eingehen, werden diese zurück gestellt .... bzw. kann eine Veränderungssperre erlassen werden. Eine allgemeine Gültigkeit von Regelungen kann nicht mit dem Aufstellungsbeschluss, sondern erst mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans erreicht werden.

Herr Dr. Seidel spricht die Änderungen von 50 m<sup>2</sup> Wochenendhaus : 30 m<sup>2</sup> Nebenanlagen auf 30 m<sup>2</sup> : 12 m<sup>2</sup> an und greift den Hinweis von Herrn Goetzmann auf, dass in Bezug auf die Inkraftsetzung des B-Planes als auch in Bezug auf die Baugenehmigung nach dem Beschluss des Aufstellungsbeschlusses Bauanträge zurück gestellt werden können, die dem Anliegen des Ortsbeirates nach keiner weiteren Verfestigung widersprechen. Er bittet um Bestätigung, dass die Verwaltung in dieser Weise auf etwa widersprechende Anträge reagieren wird.

Herr Goetzmann bestätigt dies.

Herr Dr. Seidel erklärt, dass er – unter Berücksichtigung der erläuterten rechtlichen Korrekturen seitens der Verwaltung – den Änderungsantrag des OBR Grube übernimmt und stellt diesen zur Abstimmung (sh. Beschluss – Änderung der Planungsziele):

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert, dass die Straße im Moment Am Wiesenrain heißen würde und schlägt vor, es bei der Bezeichnung zu lassen.

Herr Dr. Grittner bittet die Verwaltung, die Beschlusslage zu prüfen.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt ergänzt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 110 „Wochenendhausgebiet Am Wiesenrain / Feldweg“ OT Grube ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlagen 1 und 2).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 2 Q entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/0592) und folgender Aktualisierungen durchzuführen (s. Anlage 3).

### **Die Planungsziele sind wie folgt zu ändern:**

Ziel der Planung ist die Entwicklung zu einem Sondergebiet mit Zweckbestimmung „**Wochenendhausgebiet**“ und die Herbeiführung einer städtebaulichen Ordnung für die Bebauung, Nutzung und Erschließung sowie deren für die ordnungsgemäße Sicherstellung des Brandschutzes notwendigen und vorgeschriebenen Abstände (baulicher Brandschutz) für das Plangebiet.

Entwicklungen zu einer Splittersiedlung sollen damit verhindert und der illegalen Bebauung in diesem Gebiet Einhalt geboten werden.

Die Bebauung soll sich in das Orts- und Landschaftsbild einfügen.

Unberührt bleiben sollen Bauvorhaben, deren ein positives Baugenehmigungsverfahren vorausging.

Für die zukünftige Entwicklung soll es keine weitere Verfestigung (Baugenehmigungsverfahren) für dieses Gebiet geben.

Zulässig sollen Wochenendhäuser mit nicht mehr als einem Vollgeschoss und bis zu einer Grundfläche von maximal 30 m<sup>2</sup> inklusive überdachter Terrasse sein. Dazugehörige Nebenanlagen dürfen die Grundfläche von maximal 12 m<sup>2</sup> nicht überschreiten.

Eine zusammenhängende Bebauung von Wochenendhaus und Nebenanlage ist nicht möglich. Die Art der baulichen Anlage soll sich denen in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Gebäuden weitestgehend anpassen.

Diese Regelungen treten mit dem Tag der Beschlussfassung für das entsprechende Gebiet in Kraft.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

### **zu 2.2 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Aktualisierung der Prioritätenfestlegung (Wiedervorlage)**

#### **Vorlage: 08/SVV/0991**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu den Voten aller Ortsbeiräte schriftlich ausgereicht worden ist. Ebenso gilt dies für die von der Verwaltung entsprechend aktualisierte Anlage 1.

Die Ausschussvorsitzende ruft die Voten jedes Ortsbeirates nochmals einzeln auf und Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) geht erläuternd darauf ein.

Zu Hinweisen und Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder nimmt Herr Goetzmann Stellung.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2009 bis 2010 gemäß der in Anlage 1 dargestellte Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

**mit aktualisierter Anlage 1**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 2.3 Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg" (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 08/SVV/1016**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) greift die Behandlung in der Januar-Sitzung auf. Hier sei gebeten worden, zu informieren, ob auch andere Trassenvarianten für die Straßenbahn im Gespräch bzw. in der Prüfung seien.

Nach den bisherigen Abschätzungen sei eine Trassierung (Straßenbahntrasse im Bereich der R.-Breitscheid-Str. bis zur August-Bebel-Str. zu verlängern und in Richtung Wetzlarer Str. fortzuführen). Eine verwendbare Unterführung der Trasse der Magdeburger Bahn ist bereits vorhanden; der Straßenquerschnitt in der August-Bebel-Str. müsste neu aufgeteilt werden. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre diese nicht schlechter als die Trasse parallel zur Sandscholle.

Der Verkehrsbetrieb habe mitgeteilt, dass die Untersuchung im Detail ca. Mitte des Jahres 2009 vorliegen können.

Herr Dr. Seidel erinnert, dass genau diese Trasse 2007 ausgeschlossen worden ist und erkundigt sich, wer konkret diese Auskunft gegeben habe.

Herr Goetzmann äußert, dass die Abstimmung mit Herrn Rabisch (Verkehrsbetrieb Potsdam) vorgenommen worden sei.

Herr Dr. Seidel bittet die Ausführungen dem Protokoll beizufügen (sh. Anlage).

Frau Hüneke stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der vom Oberbürgermeister vorgelegte Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41 wird abgelehnt.

2. Baurecht für eine Kita ist an anderer Stelle innerhalb des Bebauungsplans Nr. 41 zu schaffen.

3. Ungeachtet der bisher negativen Nutzen-Kosten-Analyse einer Straßenbahntrasse durch das Gelände der Medienstadt für den Lückenschluss zwischen Fontanestrasse, Großbeerenstraße und Wohngebiet Stern ist bei Änderung des Be-

bauungsplanes Nr.41 die in der Machbarkeitsstudie von 2007 vorgesehene Trasse für eine Straßenbahn grundsätzlich frei zu halten.

4.Die Trassenfreihaltung ist auch bei der anstehenden Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes zu verankern.

Herr Cornelius betont, dass er mit Herrn Weis (GF ViP) telefoniert habe; bis zum Jahr 2020 würden keine Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen. Er würde die Trasse als Alternative sehen.

Herr Jäkel vertritt die Auffassung, dass die Alternativtrasse unzureichend geprüft worden sei; er spricht u.a. auch die Option zum Betriebshof und auch durch die Unterführung in Richtung Stern an.

Frau Tack verweist darauf, dass die vom ViP vorgeschlagene alternative Trassenführung eine gute Grundlage ist, damit der Aufstellungsbeschluss gefasst werden kann.

Auf Hinweise/Nachfragen mehrerer Teilnehmer informiert Herr Goetzmann, dass die Kombination Kita und Wohnungsbau in dem Bereich des Filmparkgeländes, zu Lasten der Straßenbahntrasse gehe.

Herr Schatz (Filmpark) erinnert, was im Filmpark zwischenzeitlich alles geschafft worden ist. Zugleich betont er, dass dringender Bedarf für eine Kita bestehe und ebenso dringender Bedarf für studierendes Wohnen bzw. junge Familien.

Nach Äußerungen verschiedener Teilnehmer pro und contra stellt Frau Hüneke den GO-Antrag, die DS ½ Jahr zurück zu stellen; die Untersuchungen des ViP abzuwarten und dann die Entscheidung zu treffen.

Herr Goetzmann greift die zeitlichen Perspektiven auf. Hier erinnert an die Mitteilungsvorlage basierend auf dem Beschluss des Hauptausschusses vom Oktober 2008 (Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass im schnellstmöglichen Verfahren, Baurecht für die am Filmpark Babelsberg geplante Kindertagesstätte und die Wohnbebauung geschaffen wird. ). Bereits in der benannten Mitteilungsvorlage ist die Nutzung des beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB angekündigt worden. Die Orientierung liegt auf schnellstmöglicher Umsetzung.

Abstimmung der GO-Antrages von Frau Hüneke: Zurückstellung für ½ Jahr; Abwarten der Untersuchungen des ViP und dann Treffen der Entscheidung.  
4/3/0

**zu 2.4 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 "Auf dem Kiewitt" (Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 08/SVV/1014**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) berichtet, dass den Aus-

schusmitgliedern Unterlagen mit einem aktuellem Modifizierungsvorschlag, der anschließend an die Beratung im letzten Ausschuss erreicht werden konnte und mit dem zukünftigen Betreiber abgestimmt ist, vorliegt. Dieser sieht vor das 6. Geschoss zu streichen, ohne diese Flächen auf andere Geschosse zu verteilen. Die Verwaltung empfiehlt, dieses Vorhaben dem Aufstellungsbeschluss vorzuziehen.

Verschiedene Ausschussteilnehmer äußern sich erfreut, dass eine Reduzierung in der Baumasse erreicht werden konnte

Frau Hüneke bestätigt ebenfalls eine erhebliche Verbesserung, wird jedoch nach Rücksprache in der Fraktion, trotzdem den Aufstellungsbeschluss ihre Zustimmung geben.

Auch Herr Teuteberg begrüßt die erhebliche Bewegung, aber erklärt, dass er weder den Aufstellungsbeschluss ablehnen, noch der Investition im Wege stehen möchte und sich deshalb enthalten wird.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Verbesserung hinsichtlich der Baumassenreduzierung sehr und ebenso die Gesprächsführung mit der Nachbarschaft für ein gutes Miteinander.

Die Abstimmung wird vorgenommen. Mit dem Abstimmungsergebnis wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Herr Willuhn (TLG) ergreift im Anschluss an die Abstimmung das Wort und bedankt sich bei denen, die den Prozess konstruktiv und fair begleitet haben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 119 „Auf dem Kiewitt“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 2 Q entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (s. Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 1

**zu 2.5 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 106 "An der Hauptstraße/Haseleck", OT Marquardt (Wiedervorlage - nach Vorlage des Votums des Ortsbeirates Marquardt)**

**Vorlage: 09/SVV/0023**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) erinnert, dass der SB-Ausschuss in der Sitzung am 10.2.09 vorbehaltlich dem Votum des Ortsbeirates Marquardt abgestimmt habe. Der OBR Marquardt hat sich zwischenzeitlich mit der Vorlage beschäftigt und diese mit einer Änderung zugestimmt. Die Ergänzung lautet: „In die Planung mit aufzunehmen ist die Schaffung einer Verkehrsberuhigungsinsel vor der Einfahrt in die Siedlung.“

Herr Goetzmann empfiehlt dem Votum des OBR nicht zu folgen, sondern empfiehlt, diese Angelegenheit gesondert, unabhängig vom Bebauungsplanverfahren zu verfolgen.

Herr Dr. Grittner (Ortsvorsteher Marquardt) teilt mit, dass am Montag dazu im OBR beraten worden sei: Das Votum gilt der weit vorgeschalteten Beruhigung.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 106 „An der Hauptstraße/ Haseleck“, OT Marquardt ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlage 2)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 2.6 Stadtteilmanagement Waldstadt II (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 08/SVV/0920**

Fraktion DIE LINKE

Die Einbringung des Antrages ist bereits in der Ausschusssitzung am 9.12.2009 erfolgt und war vom Antragsteller bis zur Klärung der Finanzierungsfrage zurück gestellt worden.

Herr Kümmel informiert aktuell aus dem Finanzausschuss, dass der Antrag wegen der Haushaltsrelevanz nochmals zurück gestellt worden sei.

Herr Kutzmutz schlägt vor, den Antrag zurück zu stellen und gemeinsam mit dem Antrag „Anlaufstelle in Potsdam West“ zu behandeln.

Herr Dr. Seidel äußert, dass der genannte Antrag der SPD-Fraktion zwar haushaltsrelevant sei, jedoch nicht vergleichbar (Alternative zum Bürgerhaus).

Herr Kutzmutz bittet für die antragstellende Fraktion, die Abstimmung heute vorzunehmen.

Die Abstimmung wird vorgenommen. Mit dem Ergebnis der Abstimmung wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 eine Position „Stadtteilmanagement Waldstadt II“ aufzunehmen und die notwendigen Voraussetzungen für die Besetzung einer solchen Stelle zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

**zu 2.7 Beirat Potsdamer Mitte**  
**Vorlage: 08/SVV/1044**

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass im Zusammenhang mit der Hauptsatzung entsprechend Kommunalverfassung die Definition der „Beiräte“ neu zu erfolgen hat.

Herr Dr. Seidel stellt fest, dass kein Vertreter des Antragstellers anwesend ist. Von daher stellt er den GO-Antrag, diese Drucksache heute zurück zu stellen und dann gemeinsam mit dem Antrag 09/SVV/0173 Gestaltungsbeirat für Hochbauten in der Landeshauptstadt Potsdam (auf der TO der STVV März 09) zu behandeln.

Abstimmung: 6/0/1

**zu 2.8 Keine städtischen Mittel für Stadtkanal**  
**Vorlage: 08/SVV/1107**

Fraktion DIE LINKE

Herr Kutzmutz bringt den Antrag ein.

Frau Hüneke spricht sich gegen den Antrag aus. Sie greift die Mitteilung der Verwaltung auf, dass Mittel eingesetzt worden sind, um das Gesamtvorhaben positiv voran zu bringen.

Herr Kirsch macht aufmerksam, dass ein Fördermitteleinsatz den Eigenmitteleinsatz zur Voraussetzung hat.

Herr Graumann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) äußert u.a., dass eine Chance besteht etwas zu tun; der Fördermitteleinsatz gewähre Kontinuität. Von daher empfiehlt er den Antrag abzulehnen. Er betont, dass sich die Stadt mit Erfolg um die Aufnahme des Sanierungsgebietes in das Bundesprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bemüht habe. Das Programm geht von einer anteiligen Finanzierung von 40 % durch den Bund, 40 % durch das Land und 20 % durch die Kommune aus.

Frau Dr. von Kuick-Frenz bestätigt die Äußerungen und verweist darauf, dass es bei jeder Maßnahme förderfähige und nicht förderfähige Kosten geben würde; diese könnten über Spendenmittel finanziert werden.

Die Abstimmung wird vorgenommen.

Mit dem Ergebnis der Abstimmung wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden keine städtischen Mittel für die Freilegung des Stadtkanals zur Verfügung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Haushalt 2009 keine städtischen Mittel für die Freilegung des Stadtkanals einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5  
Stimmhaltung: 0

## zu 2.9 Programm Fahrradinfrastruktur

**Vorlage: 08/SVV/1114**

Fraktion SPD, Fraktion FDP/Familienpartei

Herr Dr. Seidel bringt den Antrag ein. Er bittet entsprechende Summen in der Investitionsplanung und in der Unterhaltungsplanung einzustellen.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) informiert, dass sich der Antrag aus dem Blickwinkel der Verwaltung weitgehend mit dem beschlossenen Radverkehrskonzept decken würde. Herr Goetzmann greift den Auftrag an die Verwaltung auf, zur jährlichen Haushaltsberatung auch die Prioritäten hinsichtlich Radverkehrsstrategie für das nächste Kalenderjahr vorzulegen. Der Bitte ist die Verwaltung nachgekommen, die Ausarbeitung ist den Ausschussmitgliedern in Vorbereitung dieser Ausschusssitzung übermittelt worden. Es sei zu unterscheiden, was ist Investition, was ist Unterhalt ist. Im wesentlichen wird vorrangig von der investiven Seite ausgegangen. Bei einer Festschreibung von 800 T€ pro Jahr; ist zu beachten, dass in der Folge von Jahr zu Jahr mehr für die Unterhaltung benötigt wird.

Eine Maßnahmenuntersetzung auch für die Folgejahre wird als nicht so sinnvoll erachtet. Zwar sollten Mittel über die mittelfristige Finanzplanung gesichert werden, aber nur Konzentration auf die konkrete Fixierung der Maßnahmen, die im Haushaltsjahr anzugehen ist.

Herr Kutzmutz spricht sich für den Antrag aus.

Herr Kümmel teilt mit Bezug auf die ausgereichte Aufstellung der Verwaltung mit, dass er diese für zu kleinteilig halte; eine Gesamtübersicht vor Augen sei ihm wichtiger.

Herr Goetzmann erinnert nochmals, dass dies mit Beschluss der STVV festgelegt worden sei, die Maßnahmen, die im laufenden Haushalt gemacht werden sollen, im Ausschuss vorzustellen. Dies sei hier erfolgt. Die Vorstellung nicht jeder kleinen Maßnahme würde eine erhebliche Entlastung bringen, dazu müsse sich der Ausschuss dann jedoch positionieren.

Herr Teuteberg stellt den GO-Antrag auf Schluss der Debatte.

Frau Tack spricht dagegen

Frau Hüneke stellt dar, dass mit dem Radverkehrskonzept die ersten Weichen gestellt werden; es sei sehr vernünftig, die Sofortmaßnahmen sofort umzusetzen; aber gleichzeitig seien die planerischen Maßnahmen in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Es erfolgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Programm zur Weiterentwicklung und

zum Erhalt der Fahrradinfrastruktur in der Landeshauptstadt (wie z.B. Fahrradwege, Abstellanlagen, verkehrsorganisatorische Maßnahmen) auszuarbeiten. Damit soll Potsdam bis zum Ende der Wahlperiode 2014 eine wirklich fahrradfreundliche Stadt werden und der Unterhalt der Fahrradanlagen nachhaltig gesichert sein.

Das Investitions- und Unterhaltprogramm soll in der Summe bis 2014 den festgestellten Bedarf von 800 TEuro pro Jahr abdecken. Für den Zeitraum 2010 - 2013 ist es im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2010 vorzulegen und 2011 für das Jahr 2014 fortzuschreiben.

Der ADFC ist in die Bearbeitung einzubeziehen. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen ist zweimal pro Jahr beginnend im April 2009 über den Arbeitsstand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Herr Dr. Seidel stellt im Anschluss an die Abstimmung den GO-Antrag einen Schwellenwert (Größe/Kosten der Maßnahme) bei der Liste anzugeben. Herr Kutzmutz schlägt vor, bei der Liste zu bleiben, da sich die Summe der mitunter auch kleinen 100 €-Maßnahmen auf insgesamt 11800 € beläuft.

Herr Kümmel gibt eine persönliche Erklärung ab.

**zu 2.10 Aufstellung des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow"**  
**Vorlage: 08/SVV/1118**

Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass zwischenzeitlich auch Rederecht von Herrn Bothner und Herrn Stock zu diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt angemeldet worden sei. Die Ausschussvorsitzende bittet die Herren, sich auf einen Redner zu einigen.

Herr Kirsch bringt den Antrag ein. Er macht deutlich, dass ein Restitutionsverfahren läuft; Intention sei, die Nutzung zu erhalten.

Herr Bothner (Bürgerbeirat Sacrow) nimmt das Rederecht wahr. Für ihn stellt sich als Konflikt der Gemeinnutz auf der einen Seite und der Eigennutz auf der anderen Seite dar. Er bittet die Flächen für den Gemeinnutz zu sichern.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) teilt von einem gestrigen Termin in Sacrow mit, dass es hier nicht vorrangig um Sportflächen gehe. Er macht aufmerksam, dass die Sicherung als Sportanlage aufgrund der relativen Nähe zur Wohnbebauung notwendige Lärmschutzmaßnahmen zur Voraussetzung hätte. Bei dem Termin sei deutlich geworden, dass es hier nicht in erster Linie um Sportflächen geht, sondern eher in Richtung Dorfanger mit vielfältiger Nutzung.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung nicht sofort rechtliche Maßnahmen (Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre) zu ergreifen, sondern an dieser Stelle ruhig und bedacht eine einvernehmliche Lösung herzustellen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass das Rückübertragungsverfahren noch läuft. Sie sichert für die Verwaltung zu, wenn Anträge drohen sollte, die gegen eine Nutzung als Freizeitfläche stehen würden, dann wird die Verwaltung umgehend im SB-Ausschuss berichten und ggf. selbständig einen Aufstellungsbeschluss einbringen.

Die Frage, wann das Restitutionsverfahren beendet sein wird, kann die Verwaltung keine Aussage machen. Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert die Gesprächsaufnahme zu, wenn es einen konkreten Ansprechpartner gibt.

Herr Dr. Seidel gibt die Anregung an den Antragsteller, den Antrag auf Veränderungssperre zurück zu ziehen und den anderen Antrag zurück zu stellen.

Herr Kirsch übernimmt dies als Antragsteller.

Antrag bleibt im Geschäftsgang, Gesprächsführung in ½ Jahr.

Der SB-Ausschuss stimmt der Verfahrensweise einstimmig zu.

**zu 2.11    Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow"**

**Vorlage: 08/SVV/1119**

Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis

Herr Kirsch erklärt als Antragsteller, dass der Antrag zurück gezogen wird (sh. TOP 2.10).

**zu 2.12    Dringende Infrastrukturmaßnahmen im Ortsteil Marquardt**

**Vorlage: 08/SVV/1126**

Fraktion DIE LINKE

Der Ortsvorsteher Marquardt, Herr Dr. Grittner, erläutert den gegenwärtigen schlechten Zustand der Straße in Marquardt.

Herr Dr. Seidel informiert u.a. aus dem KOUL-Ausschuss, dass bei Stimmengleichzeit keine Beschlussfassung empfohlen worden ist. Bzgl. der Brücke teilt er mit, dass keine Traglastgefährdung vorliege. Im KOUL-Ausschuss ist die Finanzlage dargestellt worden.

Herr Kutzmutz unterstützt das Anliegen insbesondere aufgrund der Nutzung der Straße durch den ÖPNV.

Herr Wiggert bestätigt dies; vor allem wegen der Kinderbeförderung. Der ausgeschilderte Radweg sei in einem schlechten Zustand; er sieht dringenden Handlungsbedarf.

Frau Hüneke stellt den Änderungsantrag im letzten Satz statt „eingeleiteten“ möglichen einzusetzen.

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Herr Steffens (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert, dass er sich vor Ort in der vorigen Woche umgesehen habe. Ein punktuell Flickes sei nicht sinnvoll;

sondern wenn, dann nur eine Gesamterneuerung.

Frau Dr. von Kuick-Frenz erinnert an den von der STVV gefassten Beschluss zu den Investitionsmaßnahmen; damit bestünde vor 2012 keine Möglichkeit an einen grundhaften Ausbau zu gehen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz schlägt verwaltungsseitig vor, im Rahmen der Haushaltsberatung im Herbst diesen Jahres zu berichten.

Herr Dr. Seidel hält eine Maßstab-Begutachtung für sinnvoll. Welche anderen Straßen stehen in der gleichen Klasse?

Frau Hüneke findet den Vorschlag gut, im Herbst zur Gesamtplanung zu diskutieren (bietet die Möglichkeit eine Übersicht zu erhalten, und die Straßen mit hoher Priorität im Einzelnen anzusehen).

Herr Kutzmutz unterbreitet den Vorschlag, in der STVV vor der Sommerpause eine Übersicht zu bekommen, welche 8-10 Straßen dieser Klassifizierung Platz fänden, so dass im Herbst 2009 dazu befunden werden könnte.

Herr Teuteberg stellt den Änderungsantrag, „kurzfristig“ durch schnellstmöglich zu ersetzen.

Abstimmung: 2/3/2

Herr Kutzmutz erklärt für den Antragsteller, dass er den Änderungsantrag von Frau Hüneke übernimmt mit der Maßgabe der Terminveränderung.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, notwendige Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Straßenbau im Ortsteil Marquardt, kurzfristig einzuleiten. Neben den in Bornim/Bornstedt vordringlichen Straßenbaumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung ist vor allem auch die Zufahrtsstraße von der B 273 bis zum Ortseingang von Marquardt dringend erneuerungsbedürftig.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung **vor der Sommerpause 2009 über mögliche** Maßnahmen zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 2.13 Haushalt (2. Lesung)**

Die Ausschussvorsitzende erinnert, dass bei der Einbringung des Haushaltes in der vergangenen Sitzung gebeten worden ist Fragen an die Verwaltung zu geben. Diese sollten heute beantwortet werden; bei Bedarf könnte die abschließende Behandlung in der nächsten Sitzung erfolgen.

Herr Kümmel geht nochmals kurz auf die durch die Verwaltung ausgereichte Aufstellung – Maßnahmen Radwege im Jahr 2009 – ein und bittet um Auskunft, ob

die Möglichkeit bestehe auf die Maßnahmen Einfluss zu nehmen?

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass die Diskussion dazu hier und heute möglich sei.

Die Ausschussvorsitzende schließt den TOP Haushalt ab, da keine weiteren Fragen gestellt werden und schlägt bilaterale direkte Verständigungen vor.

Der SB-Ausschuss verständigt sich dahingehend, dass er zu den Haushaltsvorlagen kein Votum abgeben wird.

#### **zu 2.13.1 Bürgerhaushalt 2009**

Frau Strotzer (Zentrale Steuerungsunterstützung) gibt kurze Erläuterung zur Broschüre Bürgerhaushalt 2009, die den Ausschussmitgliedern vorliegt. Sie bittet die Mitglieder des Ausschusses ihr Votum zu den Punkten der „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ (Platz 1-20) abzugeben und erläutert kurz die Verfahrensweise.

Die Ausschussvorsitzende hat Fragen zum kostenlosen Schülerverkehr an die Verwaltung übermittelt und bittet um Beantwortung.

Herr Kümmel stellt daraufhin den GO-Antrag, nur die für den SB-Ausschuss relevanten Themen zu behandeln, zieht diesen aber später wieder zurück.

Frau Strotzer beantwortet die Fragen zum kostenlosen Schülerverkehr. Es wird gebeten, die Beantwortung dem Protokoll beizulegen (sh. Anlage).

Frau Hüneke erkundigt sich zum Platz 8 (Radweg Griebnitzsee über Uferweg verlängern). Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) äußert, dass dies dem B-Plan widersprechen würde; die Interpretation sei unklar.

Herr Kümmel bittet zu Platz 10 (BUGA-Radweg verlängern) um Auskunft, ob dem den Stadtwerken darüber gesprochen worden ist oder ob man von den Stadtwerken kaufen müsste? Frau Dr. von Kuick-Frenz sagt zu, die Antwort zu Protokoll zu geben.

Herr Kutzmutz spricht den Platz 9 (Freibad für Potsdams Süden) an; ob hier überhaupt Überlegungen angestellt worden sind? Herr Goetzmann teilt mit, dass über ein eigenständiges alleiniges Freibad nicht nachgedacht worden sei. Jedoch mehrfach in Richtung, ob eine Veränderung eines bestehenden Bades möglich sei.

**Der SB-Ausschuss verständigt sich abschließend darauf, den Bürgerhaushalt 2009 zur Kenntnis zu nehmen. Die Abgabe eines Votums erfolgt nicht.**

#### **zu 2.13.2 Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2012**

**Vorlage: 09/SVV/0039**

Zentrale Steuerungsunterstützung

Sh. TOP 2.13

Der SB-Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

#### **zu 2.13.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2009**

**Vorlage: 09/SVV/0040**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Sh. TOP 2.13

Der SB-Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 2.13.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2010**

**Vorlage: 09/SVV/0041**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Sh. TOP 2.13

Der SB-Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 2.13.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009**

**Vorlage: 09/SVV/0087**

GB 1/KIS

Sh. TOP 2.13

Der SB-Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 3.1 nochmalige Verständigung zur Seestr. 7 - hier Stellungnahme des Rechtsamtes**

Bzgl. des Rederechtes wird informiert, dass Herr RA Otto erkrankt sei, von daher werde Herr Heizmann (Nachbarschaftsinitiative) das Rederecht wahrnehmen.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) erinnert an den Auftrag aus der vergangenen Sitzung die Stellungnahme des Servicebereiches Recht einzuholen. Diese liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Bereits im vorigen Jahr ist den Ausschussmitgliedern im Rahmen der Verständigung zum Bauvorhabens Lennéstr. 44 eine Stellungnahme des Rechtsamtes v. 7.4.08 ausgehändigt worden. Aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Ausschussbesetzung ist sie der Tischvorlage nochmals beigefügt worden.

Weiterhin informiert Herr Goetzmann, dass die Position der Aufsichtsbehörde des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) nachgefragt worden ist. Die entsprechende Auskunft war, dass bis zur heutigen Ausschusssitzung eine schriftliche Stellungnahme nicht vorliegen wird. Es habe hausintern einen Vermerk an den Minister gegeben; über dessen Inhalt die Verwaltung keine Auskunft erhalten habe.

Herr Goetzmann verweist auf die Stellungnahme des Servicebereiches Recht (übermittelt per Mail – deshalb ohne Unterschrift) dass die Entscheidung zwingend bei der Verwaltung liege.

Die Ausschussvorsitzende fasst nochmals mit Verweis auf die Stellungnahme des Servicebereiches Recht zusammen, dass die Verwaltung zuständig sei.

Herr Jamme (Verein Berliner Vorstadt) vertritt die Auffassung, dass das Bauvorhaben dem B-Plan als auch der Gestaltungssatzung widerspreche und seines Erachtens kein Ermessenspielraum bestehe.

Die Ausschussvorsitzende macht nochmals mit Verweis auf die Stellungnahme des Servicebereiches Recht deutlich, dass der SB-Ausschuss keine Zuständigkeit hat, bei der Entscheidung über den Bauantrag mitzubestimmen.

Herr Cornelius erinnert an die Aussage von Herrn Goetzmann in einer vergangenen Sitzung, dass keine Entscheidung gegen das Votum des SB-A. erfolgen werde, sowie an die Aufforderung zu einem ausdrücklichen Votum. Herr Cornelius fragt, ob er daran festhalte und wie er die Haltung des Ausschusses einschätze.

Herr Goetzmann antwortet, dass er im Lichte des letzten Absatzes der Stellungnahme vom Servicebereich Recht, zu einem ausdrücklichen Votum nicht mehr auffordern würde. Seiner Einschätzung nach habe er die Haltung des Ausschusses als kontroverse Diskussion gesehen.

Nach Äußerungen weiterer Ausschussmitglieder äußert Herr Teuteberg, dass es Aufgabe des Ausschusses sei, eine politische Stellungnahme abzugeben. Es sei seiner Meinung nach völlig korrekt, eine Meinung zu bilden und diese politisch zu äußern. Er vertritt die Meinung, dass man ganz offensichtlich gegen die Gestaltungssatzung verstoße und stellt den Antrag: Der OBM, Herr Jakobs, wird gebeten, die Genehmigung nicht zu erteilen.

Herr Kutzmutz erinnert nochmals daran, dass das Vorhaben bereits im April vorigen Jahres vorgestellt worden sei und ohne Einwände zur Kenntnis genommen worden ist.

Herr Goetzmann macht darauf aufmerksam, dass zu einer fast wortgleichen Antragsformulierung der Servicebereich Recht bereits festgestellt habe, dass ein Beschluss dieser Formulierung zu beanstanden sei, weil er in die Zuständigkeitsverteilung der Kommunalverfassung eingreift.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sie den Antrag nicht zur Abstimmung stellen werde, weil er nicht zulässig sei.

Herr Teuteberg besteht weiterhin auf der Abstimmung.

Die Ausschussvorsitzende übergibt den Vorsitz an den Vertreter, Herrn Dr. Seidel. Herr Dr. Seidel schlägt vor darüber abzustimmen, ob der Antrag zulässig ist.

Herr Goetzmann unterbreitet hilfestellend folgenden Vorschlag (der die Meinungsbekundung des Ausschusses wiedergibt, jedoch nicht in die Zuständigkeitsfrage eingreifen würde).

Der SB-Ausschuss ist der Auffassung, dass die Ermessensspielräume im Zusammenhang mit der beabsichtigten Baugenehmigung Seestr. 7 überdehnt werden.

Herr Teuteberg übernimmt diesen Wortlaut als Antrag.

Abstimmung: 3/4/0 (damit abgelehnt)

**zu 3.6** **Berichterstattung - Erarbeitung eines Maßnahmeplanes zur Gestaltung der Stadtachse "Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld" (sh. Beschluss 07/SVV/0888)**  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Juhasz (Bereich Stadterneuerung) und Herr Stevens (Büro Stadt-Land-Fluss Berlin) stellen den aktuellen Planungsstand vor und gehen auf die Arbeits-

schritte und die Zielsetzung sowie auf Nachfragen der Ausschussmitglieder ein.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 3.2 Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom 20.11.2008 bis 17.12.2008, vom 18.12.2008 bis 21.01.2009, vom 22.01.2009 bis 12.02.2009**

Nachfragen der Ausschussteilnehmer gibt es zu folgenden Bauvorhaben:

- Mehrfamilienhäuser Lennéstr. 21 A
- Umbau Heizwerk zu Wohnungen Zeppelinstraße 135
- Erweiterung Inselhotel - Restaurant

Allgemein wird um die Erläuterung der Entwicklung des Forschungscampus Sternwarte gebeten.

Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung darüber informieren.

Auf die Nachfrage zur Stegterrasse vor Magazin 3 (Speicherstadt) geht Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) erläuternd ein.

**zu 3.3 Information zur neuen Baubroschüre und über die Ergebnisse des Qualitätsmanagements, Einrichtung einer Clearingstelle im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen**

Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen

Die Broschüre liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen) informiert zur Arbeit der Clearingstelle und geht auf Rückfragen ein.

**zu 3.4 Berichterstattung Ergebnis Wettbewerb "Emissionsfreie Mobilität in Kommunen" zum Beschluss 08/SVV/1058**

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass sich die Verwaltung sowohl dem Beschluss der STVV entsprechend als auch aus eigenem Antrieb beteiligt habe, aber nicht in die nächste Runde gekommen sei. Im Ergebnis ist der Dank an die Teilnehmer und Aussicht auf erneute Beteiligung im kommenden Jahr, mitgeteilt worden.

**zu 3.5 Straßenbaumaßnahme Holzmarktstraße (sh. mit dem Protokoll Sitzung SB-Ausschuss 10.02.2009 ausgereichte Präsentation)**  
FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Präsentation ist den Ausschussmitgliedern bekannt.

Frau Hüneke sieht das Ausmaß der Baumfällung als großes Problem.

Frau Woiwode (Arbeitsgruppe Straßenplanung und Entwurf) geht erläuternd auf das Erfordernis ein. Die Baumfällanträge sind bei der Unteren Naturschutzbehörde bearbeitet worden.

**zu 4 Sonstiges**

keine